

6481/J XX.GP

ANFRAGE

der Abgeordneten G. Moser, Freundinnen und Freunde

an den Bundesminister für wirtschaftliche Angelegenheiten

betreffend Reformkatalog zur Eindämmung und Verhinderung von Korruption im Vergabewesen

Die Arbeitsgruppe des Rechnungshofes zur Bekämpfung von Korruption im Vergabewesen erarbeitete einen umfassenden Reformkatalog mit über 50 Empfehlungen zur Eindämmung und Verhinderung von Korruption im Vergabewesen.

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher folgende

ANFRAGE:

1. Wie beurteilen Sie die einzelnen Reformvorschläge?
2. Denken Sie an die Erarbeitung eines Umsetzungsplanes mit konkreten Terminvorgaben und Verantwortlichkeiten zur Umsetzung dieses vorgeschlagenen Reformkatalogs? Wenn nein, warum nicht?
3. Welche Empfehlungen werden Sie binnen eines Jahres umzusetzen versuchen?
4. Welche Initiative in Richtung strafrechtlicher Konsequenzen bei bewiesenen Preisabsprachen planen Sie? Wenn keine, warum?
5. Die Staatsanwaltschaft Linz stellte in den vergangenen Monaten mehrere Untersuchungen wegen dem Verdacht von Preisabsprachen trotz konkreter Indizien mit dem Argument ein, die derzeitige Rechtslage würde nur beim Nachweis der vorsätzlichen Schädigung des Auftraggebers durch den Auftragnehmer eine Verurteilung nach schwerem Betrug ermöglichen. Streben sie aus diesem Grund - wie vom Rechnungshof und der Staatsanwaltschaft vorgeschlagen - im Rahmen der Reform der Vergabeordnung strafrechtliche Konsequenzen für den Fall bewiesener Preisabsprachen an?